

demokratischen Idee als lauterer Irrtum hinstellte. Mag sich der zauberische Nimbus, mit dem diese Idee ein Jahrhundert geleuchtet hat, in Dunst auflösen, so ist in ihr doch ein Grundgedanke von unvergänglichem Wert enthalten, der nicht an die parlamentarische Form und an ein Parteiensystem gebunden ist, der Gedanke nämlich, daß eine starke und dauerhafte Regierungsform nur dann möglich ist, wenn sie nicht bloß gerecht ist, sondern auch im unbefangenen Urteil des Volkes als gerecht erscheint. Und dazu gehört eine Verbindung von Volkswillen und Staatswillen, eine Möglichkeit der freien Willensäußerung und Urteilsbildung, unter Umständen auch eine Möglichkeit der Verteidigung und Korrektur gegenüber der Beeinträchtigung wichtiger persönlicher Interessen. Es ist ja leicht verständlich, daß der Mangel einer Kontrolle durch zuständige Volksvertreter, das Bestreben, auftauchende Schwierigkeiten durch Abmachungen hinter verschlossenen Türen zu beseitigen usw., die notwendige Verbindung von Volkswillen und Staatswillen nicht gerade erleichtern.

Aber im selben Maße, wie der autoritäre Staat sich bewußt bleibt, daß die Wurzeln seiner Kraft in der gottgesetzten Sinngebung und Sendung der staatlichen Autorität liegen, und daß jede Staatsform sich bewähren muß in der Hingabe an das Gemeinwohl, im verantwortungsbewußten Dienst am Volke, im selben Maße, wie er es versteht, im Rahmen des Möglichen den geläuterten Volkswillen hineinzuleiten in den Staatswillen, im selben Maße kann sein Werk größer und fruchtreicher werden, als das der demokratischen Idee gewesen ist.

Kulturbericht

Von Jakob Overmans S. J.

I

Die katholische Kirche der Vereinigten Staaten von Nordamerika feierte im Frühling ihr dreihundertjähriges Bestehen. Der katholische Lord Baltimore hatte nach sehr schwierigen Verhandlungen von der englischen Krone das Gebiet, aus dem der heutige Staat Maryland erwachsen ist, als Lehen erlangt, um dort den in England verfolgten Katholiken eine Freistatt zu eröffnen. Auch Protestanten und Juden zogen mit über den Ozean, und während in Europa der Dreißigjährige Krieg wütete und ebenso in den Kolonien Neuenglands religiöse Duldung unbekannt war, erließ Lord Cecil Baltimore, der katholische Gebieter von Maryland, ein strenges Grundgesetz religiöser Freiheit. Für die Seelsorge der Katholiken gewann der Lord einen Freund seines Vaters, den Jesuiten Andrew White, der von zwei Ordensgenossen begleitet wurde. Sie kamen mit den ersten Auswanderern im Februar 1634 in Maryland an, und nachdem sie auf der Insel St. Clements im breiten Potomacstrom ein Kreuz errichtet hatten, las P. White am 25. März 1634 dort die erste Messe. Im Laufe der Zeit verloren sich die Katholiken in der Überzahl der nachrückenden Protestanten, die das selbständige Lehen Maryland bald zu einer königlichen Provinz machten und die Katholiken ihrer bürgerlichen

Rechte beraubten. Erst nach dem Bruche mit England erhielten 1789 die Vereinigten Staaten in John Carroll, der dem Jesuitenorden bis zur Aufhebung angehört hatte, einen eigenen katholischen Bischof. Heute sind aus seinem Sprengel 15 Erzbistümer und 94 Bistümer mit über 20 Millionen Katholiken geworden. Die Zahl müßte bedeutend größer sein, wenn nicht so viele, darunter auch die Familie des Gründers von Maryland, ihrem Glauben untreu geworden wären.

Rein ziffernmäßig steht in Südamerika der Katholizismus bekanntlich weit stärker da, aber seine innere Kraft bedarf sehr der Belebung. Über Brasilien schrieb einer der dort führenden katholischen Soziologen, Tristão de Athayde, in der von ihm herausgegebenen Monatschrift „A Ordem“ (Februar 1934, S. 87 f.), daß in den geistigen Berufen des Landes noch heute die Auffassung „vorwiegt“, der Katholizismus sei „eine Kulturform nach dem Geschmack des Volkes und der Kinder; bei Frauen, besonders bei nicht sehr gescheiten, könne man sie ebenfalls gelten lassen, aber für Männer sei sie durchaus unzeitgemäß“. Doch arbeiten rege Kräfte an der Überwindung solcher Vorurteile, und in der neuen Studentenzeitschrift „Vida“ (Rio de Janeiro, April 1934, S. 12) betont der katholische Jugendführer Galvão de Souza unter Berufung auf ähnliche Bestrebungen in Europa: „Wir müssen dem ‚Politique d’abord‘ von Maurras das ‚Dieu premier servi‘ von Maritain entgegensetzen... Daher wird für uns das gesamte politische Programm zu einer Ergänzung unserer wesentlichen Arbeit, der Katholischen Aktion, die außerhalb des Wettstreites der Parteien und hoch über ihnen steht.“ Immerhin ist auch im politischen Leben Brasiliens der Katholizismus noch so heimatberechtigt, daß im Aprilheft (S. 265 ff.) der vorhin genannten Monatschrift „A Ordem“, das ganz der vierten Jahrhundertfeier des ehrwürdigen Joseph de Anchieta gewidmet war, der portugiesische Botschafter in Rio de Janeiro, Martinho de Mello, mit dem freigebigen Pathos seines Volkes diesen auf vielen Gebieten bahnbrechenden Jesuitenmissionar des 16. Jahrhunderts wegen seiner Berichte über die Indianerstämme und seiner erfolgreichen Friedensvermittlung als „Begründer und Meister“ der brasilianischen Diplomatie rühmen konnte. Auch in den Parlamentsverhandlungen finden die katholischen Grundsätze immer beredte Verteidiger.

In schroffstem Gegensatz zu den katholischen Überlieferungen Lateinamerikas steht nach wie vor die Regierung Mexikos. Daß aber der Widerstand der Bevölkerung trotz jahrelanger Kirchenverfolgungen nicht gebrochen ist, zeigt ein Bericht der Neuyorker Wochenschrift „America“ (26. Mai 1934, S. 149) über den Sturz des Unterrichtsministers Narciso Bassols, der den Schulen eine jedes Schamgefühl verhöhnende geschlechtliche Belehrung der Kinder aufzwingen wollte. „Wie weit die Verordnung ging“, schreibt „America“, „kann hier nicht gedruckt werden. Überall scharten sich die empörten Eltern zu Kundgebungen gegen diese Prostitution ihrer Kinder zusammen, und in mehreren Fällen wurden sie blutig abgewiesen.“ Darauf begannen sie einen Schulstreik, und da sich zahlreiche Lehrer ihnen anschlossen, standen bald so viele Schulen leer, daß der Rücktritt des Ministers als einziger Weg zum Frieden übrig blieb.

Allerdings gab ihm Präsident Rodriguez einen noch höheren Regierungsposten, mit dem die nächste Anwartschaft auf den Präsidentenstuhl verbunden ist.

Von einem Erfolge der internationalen Sittlichkeitsbewegung schreiben die Mitteilungen des mit dem Völkerbund zusammenarbeitenden Bundes nichtkatholischer Kirchen („Die Kirche am Werk“, Mai 1934, S. 9). Der Genfer Ausschuß gegen Mädchen- und Kinderhandel habe in seiner Sitzung vom 11. April 1934 festgestellt, daß eine der ergiebigsten Bezugsquellen dieses Handels, das Bordellwesen, in vielen Ländern zurückgedrängt worden sei. Dabei habe sich nirgendwo die oft geäußerte Befürchtung bewahrheitet, daß die Abschaffung der Bordelle zu einer Vermehrung der Geschlechtskrankheiten führen und einen ungünstigen Einfluß auf die öffentliche Sittlichkeit und Ordnung ausüben werde. Überall hätten die Behörden die Erfahrung gemacht, daß die Prostitution nach Schließung der Bordelle abgenommen habe.

An eine mit ähnlichem Zögern in Angriff genommene internationale Aufgabe erinnert ein französischer Student in der „Revue des jeunes“ (April 1934, S. 556 ff.): Welche Eindrücke von christlicher Religion und Sitte gibt Europa den Tausenden asiatischer und afrikanischer Studenten seiner Hochschulen mit? In Paris allein studieren achthundert Chinesen, und einer von ihnen habe dem Verfasser gesagt: „Nun bin ich fünf Jahre in Frankreich und habe noch nie einen katholischen Studenten getroffen.“ Man sei gegen diese Fremden meistens abweisend, manchmal beleidigend gönnerhaft; sie verlangten aber doch nicht weniger als ein Einheimischer nach Teilnahme und Achtung. Versage man ihnen die, so verliere, wie durch traurige Beispiele belegt werden könne, auch mancher Gute den Halt, kehre verdorben in sein Vaterland zurück und verkünde dort, oft von hoher Stelle aus, im Abendland sei das Christentum ohne Bedeutung.

Der Missionseifer der deutschen Katholiken ist infolge der Wirtschaftskrise begreiflicherweise gesunken. Das letzte „Jahrbuch des Priestermissionsbundes“ (S. 34 f.) teilte mit, am „Werke der Glaubensverbreitung“ seien im Bereiche der Fuldaer Bischofskonferenz 1930 noch 2,107 vom Hundert der Katholiken beteiligt gewesen, 1933 nur 1,723 vom Hundert. Verhältnismäßig die meisten Mitglieder stelle das Bistum Rottenburg. Den Durchschnitt halte Trier, über dem Durchschnitt lägen Aachen, Ermland, Freiburg, Fulda, Rottenburg und die deutschen Anteile von Olmütz und Prag. Freilich bestehen neben dem päpstlichen Missionsverein zahlreiche andere Sammelstellen, aber das Jahrbuch schreibt doch: „Niemand kann leugnen, daß wir in Deutschland von dem Ideal noch weit entfernt sind, daß das ganze katholische Volk im Werk der Glaubensverbreitung die pflichtmäßige Missionshilfe, besonders die materielle, leiste.“

Über eine nicht genug bekannte Form der Seelsorge für die katholische Hoteljugend berichtet das von Professor Franz Keller herausgegebene „Jahrbuch der Caritaswissenschaft 1934“ (Freiburg 1934, Universitätsinstitut für Caritaswissenschaft, S. 91 ff.). Der Münchener Kurat Stephan Wellhofer hatte als Religionslehrer an der Gastwirt-

fachschule Einblicke in den äußern Glanz und die innere Not getan, mit denen das Leben im Hotel auf den Pikkolo, den Pagen, den Liftboy, den Kochlehrling eindringt. Im Jahre 1926 gründete er einen „Pikkoloklub in der katholischen Jugend Münchens“, der seinen Mitgliedern in ihren sehr ungleichen dienstfreien Stunden Erholung, Weiterbildung und religiöse Stärkung bietet, alles in Formen, die unbeschadet ihrer Einfachheit die verfeinernde Wirkung der beruflichen Umgebung dieser jungen Leute klug berücksichtigen. Jeden ersten Mittwoch im Monat ist Kommunionmesse, „zu der meistens nur ein kleiner Teil kommen kann“. Aber religiöse Einwirkung geht auch von allen andern Veranstaltungen des Vereins und besonders von den stark besuchten Sprechstunden des Präses aus. Briefe und das Vereinsblatt „Die Pikkolopost“ bemühen sich, den Geist des Klubs bei den Mitgliedern in der Ferne lebendig zu erhalten und die in kleinere Städte zerstreute Hoteljugend ebenfalls zu erfassen. Nach Münchener Muster haben sich bereits Pikkoloklubs in Augsburg, Regensburg, Berlin, Würzburg, Aachen und Antwerpen gebildet. Der Brief eines jungen Kellners aus Antwerpen meldete den Gründungsplan mit den bezeichnenden Worten: „Wir müssen daran arbeiten, daß wir bis zum Herbst einen Klub haben, der fest auf eigenen Füßen steht, und Ihr müßt Führer bilden, die gleich Aposteln in alle Welt ziehen, um die Hoteljugend unter die Fahnen Christi, unseres Königs, zu sammeln und Führer zu sein zum Ernst, zur Freude und zur Selbsterkenntnis der Herrlichkeit unserer Jugend“ (108).

Seelsorge neuer Art in Wien schildert Msgr. Dr. Gorbach in dem auch sonst lehrreichen Tagungsbericht „Die lebendige Pfarrgemeinde“ (Wien 1934, Verlag des Wiener Seelsorge-Institutes, S. 64 ff.). Dieser Vorarlberger Prälat hatte seit 1930, zunächst aus Überschüssen des Feldkircher „Zweigroschenblattes“, die Mittel aufgebracht, zwei Notkirchen in Wiener Arbeiterbezirken zu errichten. Vom Feldkircher Bischof Dr. Waitz erhielt er mehrere Priester zu ihrem Dienst und gründete mit ihnen eine Weltpriestervereinigung. „Das Gemeinschaftsleben schließt den gemeinsamen Haushalt mit gemeinsamem Tisch und klösterlicher Tischlektüre in sich und wenigstens einer gemeinsam gebeteten Hore. Der Ausgang der einzelnen Priester wird dadurch geregelt, daß jeder seinen Ausgang in das sogenannte Exitusbuch einträgt mit Bestimmungsort, Zweck und Zeitangabe. Die Stelle eines Obern geht monatlich auf einen andern Herrn über.“ Bei Ausstattung der Gotteshäuser wurde auf Einfachheit und künstlerischen Wert gesehen, bei den Gottesdiensten auf Kürze und reiche Abwechslung. Täglich nach dem Abendsegen entwickelte sich in einem Binnenhof bei der Kirche „ein buntfrohes Treiben. Da wurden Lieder gesungen, Witze erzählt, Theaterszenen vorgeführt“. Durch besondere Güte gegen die Kinder, die man zu Hunderten auf Ausflüge in die Umgebung und sogar in Ferienaufenthalte nach Vorarlberg führte, gewann man „erklärte Freidenker und Kommunisten“ der Kirche wieder. Vereine für Jugendliche und für religiös beseelte Volksbildung blühten auf. „Den ganzen Tag über sprechen Bedürftige vor, und es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß es Tage gibt, an denen die Glocke an der Priesterwohnung hundertmal anschlägt.“

II

Wenn die Seelsorge Geistliches und Weltliches verbindet, so ist das selbstverständlich nicht ohne weiteres ein Übergriff auf Gebiete, die der Kirche nicht zustehen, sondern da offenbart sich die psychologische Notwendigkeit, die ja auch bei wirtschaftlichen oder politischen Vereinigungen überall anerkannt wird, den Mitgliedern die Treue zum Gemeinschaftszweck durch andere Vorteile und Annehmlichkeiten zu erleichtern. Schon deshalb sind die kirchlichen Bemühungen um die Betätigungsfreiheit der katholischen Vereine in Deutschland vollaufberechtigt, und lebensnotwendige Freiheiten wird man doch auch nicht von der Zusicherung ausschließen dürfen, die Reichsinnenminister Dr. Frick am 30. Mai in seiner Dresdener Rede mit den Worten gab, „die katholischen Jugendorganisationen könnten bestehen bleiben, sollten sich aber auf das kirchliche Leben beschränken“ („Völkischer Beobachter“ Nr. 152, 1. Juni 1934).

Wenn nun ein Verein staatlich genehmigt ist, so läßt echte Staatsgesinnung der Volksgenossen ihn gelten, kann also sein öffentliches Auftreten nicht als „Provokation“ empfinden. Denn warum sollte nicht auch hier anzuwenden sein, was der Reichsinnenminister auf anderem Gebiete verlangt hat, daß nämlich die bestehenden Gesetze selbst dann zu achten sind, „wenn sie vielleicht nationalsozialistischen Auffassungen nicht voll zu entsprechen scheinen“? (vgl. diese Zeitschrift, Mai 1934, S. 119). Die Durchführung der Gesetze darf aber in einem geordneten Staatswesen nur von der polizeilichen und der richterlichen Gewalt erzwungen werden, und insofern reicht der Erlaß, in dem der ehemalige Stabschef Röhm der SA. „jede Art von Amtshinderungen oder Maßnahmen gegenüber den Pfarrern beider Konfessionen untersagt“ („Frankfurter Zeitung“ Nr. 239, 13. Mai 1934), weit über seine nächste Bedeutung hinaus. Den Mitgliedern von Jugendverbänden steht eine solche Zurückhaltung um so besser an, als ihnen außer der staatlichen Ermächtigung zu selbständiger Gewaltanwendung auch die für derartige Einmischung in öffentliche Angelegenheiten unbedingt erforderliche reifere Einsicht fehlt, was bekanntlich gerade die tüchtigsten Jugendlichen am willigsten zugeben.

Da zwischen den Ansprüchen der Hitlerjugend und der Familie schon lange eine von gewissenhaften Eltern schwer empfundene Spannung herrschte, so erntete der Reichsunterrichtsminister Dr. Rust stürmischen Beifall, als er am 8. Juni 1934 zu München in einer großen Erziehungskundgebung erklärte, da die Familie „die ewige Zelle“ des Volkes sei, habe er „den Sonntag wieder zum Tag der Familie gemacht“; nur den Samstag überlasse er „der deutschen Staatsjugend“, und für die Schule seien die fünf übrigen Tage der Woche („Münchener Neueste Nachrichten“ Nr. 153, 9. Juni 1934). Dieser Entschluß ist um so freudiger zu begrüßen, als dadurch zugleich die religiöse Heiligung des Sonntags sehr erleichtert wird, zumal wenn auch die Eltern, ohne deren Anwesenheit das Kind am „Tag der Familie“ ja doch wieder nicht in der Familie leben würde, entsprechende Befreiung von dienstlichen Verpflichtungen erhalten.

Wirkt sich diese glückliche Wendung folgerichtig aus, so nimmt von selber die Kulturkampfgefahr ab, auf die ein Aufruf der „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher“ hinwies („Germania“ Nr. 137, 19. Mai 1934). Es gebe „Persönlichkeiten und Kreise“, die mit wachsendem Einfluß „von der Politik her in Wort und Schrift in das Religiöse hinübergreifen“, oft unter Bemühung um eine germanische Religion; daher müsse vor dem Versuche gewarnt werden, „die Schulungsarbeit innerhalb der Parteiorganisation zur Basis solcher Lehren und Bestrebungen zu machen“. Einen Monat vorher hatte Erzbischof Dr. Gröber auf der Kanzel seines Freiburger Münsters gesagt: „Der große Führer unseres Volkes will keinen Kulturkampf. Diejenigen, die mit dem Kulturkampf spielen, sollen uns gewappnet finden, wenn sie es wagen sollten, das Kreuz aus unserer Kirche und Seele, den Glauben aus unserem Herzen zu reißen“ („Frankfurter Zeitung“, 6. April 1934, Reichsausgabe).

Leider werden Mißtrauen und Zwietracht durch die erstaunliche Unkenntnis vermehrt, die allzu oft in Kampfschriften und Kampfreden zu Tage tritt, wo von katholischen Lehren, von der Geschichte der katholischen Kirche, von dem Verhältnis zwischen Katholizismus und Zentrum gesprochen wird. Wer gegen den Katholizismus einen Vorwurf erheben will, hat doch gerade in Deutschland durch mancherlei Hilfsmittel, vor allem durch die von Fachleuten als vorzüglich anerkannten Lexika des Herderschen Verlages, bequem Gelegenheit, sich zu unterrichten, ob die Katholiken wirklich so verkehrt denken, wie er meint. Für die Kenntnis des wieder viel umstrittenen Jesuitenordens kommt dazu das neue „Jesuitenlexikon: Die Gesellschaft Jesu einst und jetzt“, von Ludwig Koch S. J. (Paderborn 1934, Bonifatiusdruckerei). Auf über 900 Seiten hat der sprachkundige Verfasser in jahrelanger Arbeit aus der einschlägigen Literatur aller Länder, für die Gegenwart auch aus handschriftlichen Mitteilungen, das zusammengestellt, was jedem am heutigen Geistesleben teilnehmenden Deutschen zu einem begründeten Urteil über die Jesuiten dienlich sein kann. Wer über Geschichte, Verfassung und Lehre des Ordens, über die Anklagen gegen ihn, über seine jetzige Tätigkeit und die in der deutschen Öffentlichkeit hervorgetretenen Mitglieder Auskunft sucht, wird hier klare Antwort und Nachweise zu weiteren Studien finden.

Auch in der evangelischen Kirche Deutschlands hörte die Klage nicht auf, daß der politische Wille häufig die theologische Sachkenntnis vermissen lasse. In der „Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung“ (1. Juni 1934, Sp. 519) wurde „politischen Diffamierungen“ die Frage entgegengestellt: „Wann werden die Deutschen Christen endlich die vom Bekenntnis her vorgebrachten Gegengründe aus Schrift und Bekenntnis zu widerlegen versuchen?“ Ministerialdirektor Jäger, der aufseiten der Deutschen Christen stehende Rechtswalter der Evangelischen Kirche, hatte einem Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros gesagt, als nichtgeistlicher Jurist wolle er „in die Fragen des Bekenntnisses“ nicht eingreifen; „lediglich in Verwaltung und Gesetzgebung“ müsse „absolute Einheitlichkeit herrschen“. Richtungen, die Glauben und Bekenntnis auch

auf äußere Formen ausdehnen, gebe es im Luthertum nicht, wohl aber bei „gewissen reformierten Gruppen“, und ihre „presbyterial-synodale Ordnung“ sei „durchaus vereinbar mit der neuen Kirchenverfassung“ („Völkischer Beobachter“ Nr. 118, 28. April 1934). Aber am 23. Mai 1934 veröffentlichten 35 Vertreter der protestantischen Theologie an deutschen Hochschulen eine begründete Erklärung, in der es heißt, die „bekenntnis-mäßige Bindung der Kirchenordnung“ gelte nicht nur für „gewisse reformierte Gruppen“. Nach dem Bekenntnis der Reformation sei es ausgeschlossen, „daß die Kirche die Weltanschauung des Staates und der Partei zu verkünden habe, und daß die Verfassung der Kirche den Formen des Staates anzugleichen sei“. In der evangelischen Kirche sei „das Führerprinzip ein schrift- und bekenntniswidriges Prinzip“. Man könne nicht von „unangestasteter Freiheit des Glaubens und Bekenntnisses“ sprechen, „wenn Gemeinden und Pfarrer unter die ungeistliche Diktatur einer säkularisierten Hierarchie gestellt, und wenn notgedrungene Beschwerden über Irrlehre und Gewalt als ‚Auflehnung gegen die notwendige äußere Ordnung der Kirche‘ geahndet werden“ („Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung“, 1. Juni 1934, Sp. 520 ff.). Ebenso nahm die von Lutheranern, Reformierten und Unierten aus ganz Deutschland beschickte Bekenntnis-Synode, die vom 29. bis zum 31. Mai in Barmen tagte, einstimmig eine Erklärung des theologischen Ausschusses an, in der gesagt wird, Botschaft und Ordnung der Kirche seien nicht von politischen Überzeugungen abhängig („Frankfurter Zeitung“, 3. Juni 1934, Reichsausgabe).

Während diese Barmer Synode eine Verwischung der Bekenntnisgrenzen sogar innerhalb des Protestantismus ausdrücklich ablehnte, behauptete Staatsminister Schemm, der Reichsleiter des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, auf einer Göttinger Lehrertagung, „der Unterschied zwischen Protestanten und Katholiken sei künstlich; nicht die Worte, sondern das Herz, aus dem das Gebet ströme, sei entscheidend“ („Germania“ Nr. 146, 29. Mai 1934). Noch weiter ging ein Artikel des „Völkischen Beobachters“ (Nr. 160, 9. Juni 1934), der das österreichische Verbot von Rosenbergs „Mythus des zwanzigsten Jahrhunderts“ als unwürdige Abhängigkeit von der Kirche deutete und das Buch mit der Begründung empfahl, die darin niedergelegten „Erkenntnisse Alfred Rosenbergs“ seien „Gemeingut der nationalsozialistischen Bewegung“.

Gleich Rosenberg lehnt bekanntlich die „Deutsche Glaubensbewegung“ das Christentum durchaus ab. Sie will, wie bei ihrem Zusammenschluß unter dem Tübinger Professor Hauer im Mai 1934 erklärt wurde, „die religiöse Erneuerung des Volkes aus dem Erbgrund der deutschen Art; die deutsche Art ist in ihrem göttlichen Urgrund Auftrag aus dem Ewigen, dem wir gehorsam sind. In diesem Auftrag allein sind Wort und Brauchtum gebunden. Ihm gehorchen heißt, sein Leben deutsch führen“ („Germania“ Nr. 139, 22. Mai 1934). Die Mitglieder müssen an Eides Statt versichern, daß sie weder Freimaurer noch Jesuiten sind; die Führer dürfen keiner andern Glaubensgemeinschaft angehören, während das für Mitglieder nach einer im Juni veröffentlichten Änderung einstweilen nicht verlangt wird, weil sonst Lehrer, die gesetzlich verpflichtet sind, einer

christlichen Landeskirche anzugehören, nicht zugleich der kirchenfeindlichen Deutschen Glaubensbewegung angehören könnten. Wie in der Halbmonatschrift „Die Zeit im Querschnitt“ (15. April 1934, S. 118) mitgeteilt wird, hat das vom Grafen Reventlow herausgegebene Organ der Bewegung, der „Reichswart“, nichts dagegen, daß man die Mitglieder „als Heiden bezeichnet“; im Gegenteil sei es „ganz nützlich, wenn die abergläubische Scheu vor diesem Worte verschwindet, die in nicht wenigen biedern Seelen noch lebt“.

III

Eine leichte Besserung der Weltwirtschaft ist von zwei besonders günstigen Beobachtungsposten aus festgestellt worden. Die Statistiken des Genfer Internationalen Arbeitsamtes zeigen von Januar bis März 1934 eine Zunahme der Beschäftigung in vielen Ländern, am meisten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Kanada, England und Deutschland. Und in dem Berichte, der am 4. Juni 1934 dem Verwaltungsrate der Suezkanalgesellschaft vorgelegt wurde, liest man, daß in diesem Jahre bis zum 30. April 659 000 Tonnen mehr durch den Kanal gefahren sind als bis zum selben Tag im Vorjahre. Trotz anhaltender Unsicherheit scheine die Gesundung der Wirtschaft fortzuschreiten. „Die sehr deutliche Besserung der Lage in Großbritannien, das Wiederaufleben des Geldverkehrs in Frankreich, die seit Monaten anhaltende Festigkeit des Pfundes und des Dollars sind äußerst günstige Anzeichen.“ Allerdings hänge die fernere Entwicklung sehr davon ab, wie weit durch politische Beruhigung die Vorausberechnung erleichtert und damit die Unternehmungslust geweckt werde.

Über ähnliche Fortschritte in Rußland schreibt die katholische „Action Populaire“ in ihren „Dossiers“ (25. Mai 1934, S. 1125) am Schlusse ausführlicher Darlegungen: „Es ist leicht, Vogel-Strauß-Politik zu treiben und Fehlschläge im einzelnen zu einem Mißerfolg im ganzen aufzubauschen. Vielleicht setzt man sich damit einem grausamen Erwachen aus, und es wäre wohl klüger, der Wirklichkeit ins Auge zu sehen und sich auf den Tag einzurichten, wo die ganze Welt mit der wirtschaftlichen Macht der Sowjetunion wird rechnen müssen. Trotz allem, was noch fehlt, scheint Rußland im wirtschaftlichen Aufstieg begriffen, womit selbstverständlich über den sittlichen Wert seiner Methoden nichts ausgesagt ist.“

Freilich darf man, wie auch die „Dossiers“ bemerken, die russischen Zustände nicht nach unsern Maßen beurteilen. Andererseits hat bis jetzt der dem Bolschewismus schroff entgegengesetzte Faschismus die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ebensowenig meistern können. Die Lage Italiens wurde von Mussolini am 26. Mai 1934 im Parlament nach Meldung der „Agenzia Stefani“ mit düstern Farben geschildert. Die Einnahmen des Staates müßten an sich durch neue Steuern erhöht werden, aber das sei unmöglich, weil die äußerste Grenze der Steuerkraft schon erreicht sei. Daher bleibe nur übrig, die Ausgaben noch mehr zu vermindern. Ausfuhr und Einfuhr nähmen bedenklich ab. Der Versuch einer Herabsetzung des Geldwertes könne nicht in Frage kommen, wohl aber müßten Gestehungs-

kosten und Preise gesenkt werden, und eine Kürzung der Löhne lasse sich nicht vermeiden. Die Krise habe ihren tiefsten Punkt erreicht. Rückkehr des früheren Wohlstandes sei unwahrscheinlich.

Auch Deutschlands wirtschaftliche Zukunft wird opfervoll sein. Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk sagte am 8. Mai 1934 vor dem Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages, „die Vorbelastungen durch die Auftragspolitik und durch die Steuerpolitik ließen sich nur ertragen und nur rechtfertigen, wenn man entschlossen sei, in künftigen Jahren eine absolut drakonische Sparpolitik durchzuführen. Man müsse die Ausgaben weiter zurückhalten, um die steigenden Einnahmen für die Abdeckung der Vorbelastungen zu benützen. Erst wenn das geschehen sei, könnten auf der Ausgabenseite allmählich Härten wieder ausgeglichen werden, die in der Krise entstanden seien“ („Frankfurter Zeitung“ Nr. 223, 9. Mai 1934). Zum Ende der Transferkonferenz schrieb das Handelsblatt der „Frankfurter Zeitung“ (31. Mai 1934, Reichsausgabe), im günstigsten Falle werde für Deutschland am 1. Juli eine gewisse Erholungszeit von sechs Monaten eintreten, „eine Atempause, aber nicht mehr“, und „zum mindesten“ während dieser Zeit seien für den Dienst der Reichsanleihen keine Devisen da.

Auf den notwendigen Ausgleich zwischen politischen und wirtschaftlichen Forderungen in Handel und Industrie Deutschlands wurde von hervorragenden Kennern mehrmals hingewiesen. Der Reichsführer des Handels, Dr. Lüer, sagte auf der Bremer Tagung der deutschen Außenhandelsstellen, „eine öffentliche Last, einerlei in welcher Form sie auftritt, wirke in den gewerblichen Betrieben kostenerhöhend und ausfuhrhemmend. Hier liege eine große nationale Gefahr. Deutschland müsse sich völlig darüber im klaren sein, wieviel es sich seinen Idealismus kosten lassen dürfe, wenn den aufgewandten Mitteln ein unverhältnismäßig geringer Erfolg gegenüberstehe“ („Frankfurter Zeitung“, 13. April 1934, Reichsausgabe). Daher betonte, wie die „Frankfurter Zeitung“ am selben Tage berichtete, Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt im Berliner Freundeskreis der Deutschen Akademie die Forderung, den freien Wettbewerb mit „Lauterkeit und Hingabe an das Volksganze“ durch staatliche Lenkung zu verbinden und auch im Auslande uns „nicht auf Kosten anderer, sondern mit ihnen“ emporzuarbeiten. Das wurde bedeutsam durch Bemerkungen unterstrichen, die Karl Bollmeyer, Präsident der Bremer Handelskammer, auf der Außenhandelstagung in Hamburg machte. „Er habe festgestellt, daß deutsche Ware, abgesehen von Spezialartikeln, durchweg zu teuer sei, und daß zuweilen auch die Qualität zu wünschen übrig lasse. Besonders in der Gleichmäßigkeit der Lieferung seien die amerikanischen Fabrikate vielfach von den deutschen zu unterscheiden. Bollmeyer warnte auch vor einer in Deutschland oft vorhandenen Überheblichkeit hinsichtlich deutscher Ingenieur- und Forschertätigkeit; denn die Leistungen im Auslande seien auch ganz hervorragend“ („Frankfurter Zeitung“, 20. April 1934, Reichsausgabe).

Über die deutsche Landwirtschaft sprach Reichsminister Darré am 10. Mai 1934 auf dem ostpommerschen Bauerntag Worte von großer

Tragweite. In „einzelnen Teilen Ostelbiens“ sei der Großgrundbesitz „das Ergebnis einer jahrhundertealten organischen Wirtschaftsstruktur“, die niemand angreife; aber „der sogenannte typische ostelbische Großgrundbesitz“ sei aus „durchaus eigensüchtigen Handlungen“ entstanden. Da Deutschland nur noch einen Teil seiner früheren Industrieausfuhr habe, sei die Aufgabe Ostelbiens, die Industriegegenden mit Getreide und Kartoffeln zu versorgen, teilweise fortgefallen. „Genau so wenig, wie jeder Industrieunternehmer des Westens infolge der veränderten Wirtschaftslage vom Staate verlorene Zuschüsse verlangen kann, müssen wir es auch ablehnen, zukünftig ostelbischen Großgrundbesitz, der sich nicht aus eigener Kraft zu halten vermag, durch Subvention zu unterstützen.“ Daraus ergebe sich „die weitgehende Wiederauffüllung Ostelbiens mit deutschen Bauern“ („Frankfurter Zeitung“ Nr. 236, 11. Mai 1934).

Bekanntlich wird neben der Bauernsiedlung seit drei Jahren in ganz Deutschland die vorstädtische Kleinsiedlung gepflegt, die nach dem Willen der Regierung Erwerbslosen wie Beschäftigten ermöglichen soll, „sich im Laufe der Zeit den Lebensunterhalt zu einem wesentlichen Teil aus eigener Scholle zu beschaffen“. Dafür hat das Reich 193 Millionen Mark bereitgestellt, und aus diesen Mitteln sind bis zum 1. März 1934 Darlehen für 65 470 Siedlerstellen und 83 880 Kleingärten bewilligt worden. Obgleich bei der langsamen Umwandlung früher anders benützten Bodens in Gartenland und der nach drei Jahren noch nicht übersehbaren Ertragsfähigkeit der Obstbäume ein Endurteil über den Erfolg nicht möglich ist, sind alle Beteiligten, wie aus dem von der „Deutschen Bau- und Bodenbank“ herausgegebenen Berichte hervorgeht, voll Zuversicht, und der Andrang von Bewerbern um Siedlerstellen dauert fort. Neben den wirtschaftlichen Vorteilen nennt der Bericht als Gewinn höherer Art „die Schaffung einer dauernd gesicherten Heimstätte und damit eines Zieles und einer Hoffnung für Tausende deutscher Menschen, die bisher nur der Maschinenarbeit hörig waren, die Freude an der Entwicklung des Familienlebens auch auf bescheidenem Raum“.

IV

So eindringlich alle Kenner des Wirtschaftslebens immer wieder an die naheliegende Wahrheit erinnern, daß wirtschaftliche Gesundung politische Ruhe zur Voraussetzung hat, und obgleich niemand leugnet, daß durch Überwindung der wirtschaftlichen Krise auch die übrigen Spannungen zwischen Volksgenossen und Völkern gelöst oder wenigstens vermindert würden, sind die Menschen überall von friedlicher Zusammenarbeit am gemeinsamen Glücke noch sehr weit entfernt. Zwar ist die sozialrevolutionäre Unruhe während des Frühlings in manchen Ländern, z. B. in Ostasien, in Amerika, in Österreich, in Spanien, größer gewesen als in Deutschland, aber offenbar lassen sich auch bei uns die im Sommer 1933 erlassenen strengen Verfügungen gegen die „Fortsetzung der Revolution“ (vgl. diese Zeitschrift, November 1933, S. 121 f.) schwer in vollem Umfange durchführen. Denn als am 5. Mai 1934 der mecklenburgische Reichstatthalter Hildebrandt sich in einer Propagandaversammlung gegen die

Millionäre wandte, die von ihren Schätzen nicht lassen wollen, „während noch Millionen Volksgenossen im Elend leben“, sagte er: „Grüßt sie nicht mehr auf der Straße, und wenn sie dann jammern: ‚Ja, Adolf Hitler ist schon richtig, aber die andern, die können sich nicht umstellen‘, dann sagen wir ihnen: ‚Wir wollen uns auch nicht umstellen, wir sind revolutionär, bis die Volksverbrüderung wahr geworden ist, für die die SA. gekämpft hat, und wir brauchen heute die durch Zinswucher erworbenen Millionen gar nicht“ („Frankfurter Zeitung“, 7. Juni 1934, Reichsausgabe). Einige Wochen vorher hatte der damalige Stabschef Röhm vor dem diplomatischen Korps und den Vertretern der ausländischen Presse in Berlin erklärt, die nationalsozialistische Revolution lege „besonderes Gewicht auf das Wort sozialistisch“, und in der SA. verkörpere sich „alles, was den Begriff der Revolution ausmacht“, der „Reaktionären, Muckern und Spießern“ freilich „ein Greuel“ sei („Völkischer Beobachter“ Nr. 109, 19. April 1934). Röhm ahnte nicht, wie bald seine revolutionäre Zügellosigkeit, die auch vor Hitlers Führung nicht haltmachte, zusammenbrechen werde: am 30. Juni 1934 wurde er seines Amtes wegen „schwerster Verfehlungen“ entsetzt und dann erschossen. An seinen Nachfolger schrieb Hitler: „Wie jeder Führer von seinen Männern Gehorsam fordert, so fordere ich von den SA.-Führern Achtung vor dem Gesetz und Gehorsam meinem Befehl“ („Völkischer Beobachter“, Sondernummer, 1. Juli 1934).

Nicht als ob nun der Nationalsozialismus alle andern Meinungen mit Gewalt niederschlagen wollte! Reichsinnenminister Frick sagte ja am 30. Mai 1934 in Dresden: „Wir sind im Gegenteil dankbar für jede Kritik, die bessernd und aufbauend wirken will“ („Völkischer Beobachter“ Nr. 152, 1. Juni 1934), wie auch Reichsminister Darré am 27. Mai in Altenesch erklärte: „Gerade wir Nationalsozialisten werden niemals begreifen, daß in einer geistigen Auseinandersetzung die Richtigkeit der Überzeugung bei denjenigen liegt, die die meisten zu köpfen vermögen“ („Frankfurter Zeitung“, 28. Mai 1934, Reichsausgabe). Und als in Stettin gegen mehrere Nationalsozialisten wegen Mißhandlung von Häftlingen hohe Zuchthausstrafen verhängt worden waren, mahnte auf einem Kreisparteitag der pommerische Gauleiter Karpenstein: „Man regiert ein Volk nicht mit dem Gummiknüppel oder mit dem Kommando, sondern dadurch, daß unsere Taten aus dem Herzen kommen und überzeugen. Unsere Aufgabe, unser letztes und höchstes Ziel ist es, das gläubige Vertrauen des Volkes zu erwerben und zu erhalten, daß es uns freiwillig als seine Repräsentanten empfindet und anerkennt“ („Berliner Tageblatt“ Nr. 167, 10. April 1934). Daher beteuerte Reichsminister Goebbels in einer Versammlung gegen „Miesmacher und Nörgler“ in Gleiwitz: „Niemand von uns wollte nur eine Stunde länger an der Spitze des Staates stehen, wenn er nicht mehr der Liebe und des Vertrauens des deutschen Volkes versichert sein könnte“ („Völkischer Beobachter“ Nr. 159, 8. Juni 1934).

Natürlich ist die wirkliche Stimmung des Volkes nicht ohne weiteres aus Propagandaversammlungen zu erkennen; denn in ihren Schwung vermögen sich auch Anhänger des Nationalsozialismus infolge der drückenden Notlage nicht immer mit ganzer Seele einzuordnen. Als

die Bremischen Wirtschaftskammern die Betriebsführer aufforderten, am 8. Juni 1934 um 17 Uhr zu schließen und mit ihrer Gefolgschaft die Rede des Reichsministers Dr. Goebbels im Stadion anzuhören, wurden dem Vorsitzenden der Kammer des Kleinhandels so zahlreiche Einwendungen gemacht, daß er schrieb, zwei Tage habe deswegen sein Telephon „nicht stillgestanden“. Es sei gesagt worden, diesmal sollten die ihre Läden schließen, die neulich bei der großen Rede Dr. Leys nicht geschlossen hätten. Alle diese Leute, schrieb der Kammervorsitzende, hielten sich für Nationalsozialisten, dächten aber nicht daran, „wie wichtig und wertvoll es im Interesse der Gesamtheit ist, daß es hier zu einer Kundgebung mit durchschlagendem Erfolg kommen muß“ („Berliner Tageblatt“ Nr. 268, 9. Juni 1934).

Offener traten die Widerstände der Hitlerjugend gegen Farbstudenten und Stahlhelm zu Tage. Das von Regierung und Universität genehmigte Farbtragen wurde als Hindernis der Volksgemeinschaft gebrandmarkt, und über den Stahlhelm sagte in einer Magdeburger Kundgebung der Hitlerjugend Gebietsführer Zerf: „Die Jugend hat gar kein Verständnis dafür, warum diese Organisation noch neben andern existiert. Wir werden es sein, die so lange darauf hinweisen, bis dieser Zustand, daß heute eine derartige Organisation noch besteht, beseitigt ist. Das sind wir unsern toten Kameraden schuldig“ („Germania“ Nr. 144, 27. Mai 1934). Und doch hatten Reichspräsident und Reichskanzler das Weiterbestehen des Stahlhelms auch nach seiner engeren Verbindung mit der SA. gutgeheißen.

Noch weniger ließ man die Judenfrage zur Ruhe kommen. Reichsminister Goebbels verlangte im Berliner Sportpalast, die Juden sollten nicht „über den Kurfürstendamm flanieren, als wenn nichts geschehen wäre“, und nicht den Anspruch erheben, „für vollwertig und gleichwertig angesehen zu werden“ („Rhein-Mainische Volkszeitung“ Nr. 109, 12. Mai 1934). Der Berliner „Angriff“ forderte seine Leser zu Mitteilungen auf, deren Veröffentlichung zu einem „Anstandsunterricht für die geschonten und geduldeten Staatsbürger jüdischen Glaubens“ geeignet sei, und die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 238, 12. Mai 1934) bemerkte dazu, sie bezweifle „sehr ernsthaft, daß dabei für die friedliche Zusammenarbeit aller am Wiederaufbau Deutschlands beteiligten Staatsbürger etwas Gutes werde herauskommen können“. Mehr diente jedenfalls dem Frieden der Erlaß des Reichsinnenministers Dr. Frick vom 28. April 1934 an die Landesregierungen, den dann auch der Reichsjustizminister den Landesjustizverwaltungen zur Kenntnis gab, daß nämlich das Denunziantentum scharf zu bekämpfen sei, da sehr oft Anzeigen in persönlichen Streitigkeiten ihre Quelle hätten („Berliner Tageblatt“ Nr. 229, 17. Mai 1934). Versöhnlich wirkte auch die vom Reichskanzler verfügte Einziehung einer besondern Ritualmordnummer der vom fränkischen Gauleiter Streicher herausgegebenen Wochenschrift „Der Stürmer“, obgleich diese Maßnahme nicht wegen unhaltbarer Angriffe auf das Judentum, sondern wegen Beleidigung des christlichen Abendmahles verhängt wurde. Dazu schrieb die „Deutsche Rundschau“ (Juni 1934, S. 195), es sei erstaunlich, daß die deutschen Zeitungen fast ausnahmslos zu den Ritualmordbeschuldigungen geschwiegen

hätten; denn man könne es „mit der Pflicht der Presse im neuen Deutschland nicht vereinbaren, wenn ohne irgend eine Rücksicht auf die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung hier mit Angaben gearbeitet wird, die einer strengen sachlichen Nachprüfung nicht standhalten“.

Derartige Schwankungen und Gärungen innerhalb der staatstreuen Bevölkerung sind in den ersten Jahren nach einer großen Umwälzung, wie das Beispiel Rußlands und Italiens gezeigt hat, nicht verwunderlich, und wie dort ist auch in Deutschland das Heer am wenigsten von ihnen berührt worden. Die von der Reichswehr erwartete ethische Haltung kennzeichnet glücklich der siebte Satz der am 25. Mai 1934 vom Reichspräsidenten unterzeichneten acht „Pflichten des deutschen Soldaten“ mit den Worten: „Selbstbewußt und doch bescheiden, aufrecht und treu, gottesfürchtig und wahrhaft, verschwiegen und unbestechlich, soll der Soldat dem ganzen Volk ein Vorbild männlicher Kraft sein.“ Wie Major Hans Rohde in einem kritischen Rundgang durch die internationale Abrüstungsliteratur („Zeitschrift für Politik“, Sondernummer über „Deutschlands Kampf um Gleichberechtigung“, Berlin 1934, Heymann, S. 158 f.) sagt, sind Generaloberst v. Seeckt und „andere neuzeitliche deutsche Militärschriftsteller“ mit F. Culmann, „einem der bedeutendsten französischen Militärschriftsteller“, der Ansicht, „eine gleichmäßige Ausdehnung der Wehrpflicht auf sämtliche Bürger“ sei schädlich. Die Frontkämpfer, meint Culmann, müßten Auslese sein, und im Frieden müsse neben einem Berufsheer von höchstens vierjähriger Dienstzeit eine Miliz mit etwa dreimonatiger Ausbildung stehen.

Daß es, solange die Völker nicht genug Verstand und Verantwortungsgefühl besitzen, ihre Angelegenheiten ohne Krieg zu regeln, eine edlere Bestimmung vollkommen gerüsteter Heere ist, vom Friedensbruch abzuschrecken, als auf Schlachtfeldern blutig miteinander zu ringen, haben amerikanische Erinnerungen an den Weltkrieg wieder heilsam erkennen lassen. Die deutschamerikanische Wochenschrift „Excelsior“ (Nr. 2741, 12. April 1934) schrieb in einem Leitartikel unter dem Titel „Vor siebzehn Jahren“: „Präsident Woodrow Wilson trieb damals das amerikanische Volk in den Weltkrieg hinein, und 56 Mitglieder des Kongresses, mutige und überzeugungstreue Männer, stimmten gegen den Antrag, dessen unheilvolle Folgen sie voraussahen. Dafür wurden sie vom Bundesoberhaupte als ‚eine Gruppe eigensinniger Männer‘ gebrandmarkt. Von dieser Gruppe sitzen heute noch sieben als Volksvertreter im Kapitol in Washington, und heute noch sind diese sieben Aufrechten unentwegt für Freiheit und Frieden, für wahre Demokratie. Die meisten von ihnen äußerten sich zu dem Erinnerungstag in der Presse.“ Einer habe dabei gesagt: „Niemand kann ermesen, welchen Einfluß unser Beispiel der Friedensliebe auf die ganze Welt ausgeübt hätte, wären wir diesem unseligen Kriege ferngeblieben.“ Ein anderer: „Der Krieg ist umsonst gewesen.“ Ein dritter: „Der Krieg hat Millionäre zu Hunderten geschaffen und Millionen Menschen zu Bettlern gemacht.“ Daran fügt die Zeitung aus einem vom Präsidenten der Columbia-Universität, Dr. Nicholas Murray Butler, an die Carnegie-Stiftung gesandten Berichte den Satz: „Unmittelbar

im Zusammenhang mit dem Weltkrieg wurden dreißig Millionen Menschenleben und vierhundert Milliarden Dollar an Sachwerten vernichtet.“

Über einen Fortschritt in der Befriedung Amerikas durch die pan-amerikanische Konferenz in Montevideo urteilt der chilenische Staatsmann Carlos Dávila in einer ausführlichen Untersuchung („International Conciliation“, Mai 1934, S. 140 f.), die von Staatssekretär Hull und Präsident Roosevelt gegebenen Erklärungen bedeuteten den endgültigen Verzicht auf Einmischung der Vereinigten Staaten Nordamerikas in die Politik der lateinamerikanischen Republiken, nicht sowohl wegen der hohen Autorität der beiden Männer, in deren Äußerungen dieser Verzicht enthalten sei, „sondern weil er einem unverkennbaren und starken Druck der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten entspricht“. Ebenso widerstrebe aber die öffentliche Meinung Südamerikas einem Wiederaufleben der einst gegen die europäische Kolonisationsgier nützlichen Monroelehre in dem Sinne, als ob nun statt Nordamerikas Gesamtamerika sich in die Angelegenheiten eines lateinamerikanischen Staates einmischen dürfte.

Auf die Gefahren falscher Kolonialpolitik macht in der Pariser Wochenzeitung „La Jeune République“ (Nr. 722, 8. April 1934) ein Brief aus Marokko aufmerksam, wo die Franzosen militärisch zwar alle Widerstände besiegt, aber die Verwaltung schlecht in Gang gebracht haben. „Es darf nur ein Marokko geben, den Scherif-Staat, zu dessen Schutz wir uns amtlich verpflichtet haben, und wenn wir ihm immer mehr Rechte nehmen wollten, so wäre das ein sonderbarer Schutz. Erwecken wir diesen Staat zu neuem Leben, entwickeln wir seine Möglichkeiten, so gehen wir einem Marokko entgegen, wo eine freiere Luft weht, wo die Spannung aufhört und schöpferische Arbeit einsetzt, und wo der Europäer, wenn er brauchbar ist, seinen Platz nicht verlieren wird. Lassen wir uns dagegen auf hoffnungslose Unternehmungen ein, schwächen wir den Gedanken des Protektorates, gehen wir zu einer unwürdigen und unklugen Zwangsherrschaft über, dann schaffen wir für den leider möglichen Tag einer neuen europäischen Katastrophe die Ursache furchtbarster Entladungen und unabsehbarer Zerstörungen.“

Die Genfer Abrüstungskonferenz hat von neuem bewiesen, welch ein Hindernis des Weltfriedens die Rüstungsindustrie ist. Im Hauptausschuß erklärte am 29. Mai 1934 Norman Davis als Bevollmächtigter Roosevelts, nach der Überzeugung des Präsidenten müßten gegen Waffenfabrikanten und Waffenhändler wirksame Schritte unternommen werden, um „die Kräfte zu kontrollieren und zu unterdrücken, die ein materielles Interesse daran hätten, Mißtrauen und Zwietracht zu fördern“ („Frankfurter Zeitung“, 30. Mai 1934, Reichsausgabe). Der am 12. Mai 1934 von einer aus englischen, französischen und amerikanischen Offizieren und aus italienischen und spanischen Diplomaten bestehenden Völkerbundskommission über den Krieg zwischen Paraguay und Bolivien veröffentlichte Bericht bestätigt diese Notwendigkeit, wenn er sagt: „Die beiderseitigen Heere sind mit den neuesten Waffen versehen, mit Flugzeugen, Panzerwagen, Flammenwerfern, Schnellfeuergeschützen, Maschinengewehren.... Beim Fortgang des Kampfes breitet sich hinter den Linien in beiden Län-

dern stets weiter die Armut aus, und die Zukunft wird dunkler und dunkler.... Waffen und Kriegsbedarf jeder Art werden nicht am Orte hergestellt, sondern aus amerikanischen und europäischen Staaten geliefert.“ Allerdings ist nicht zu vergessen, daß der Rüstungswille der Staaten am Fortbestehen der privaten Rüstungsindustrie schuld ist. Denn im Kriegsfall braucht der Staat rasch große Mengen von Waffen; er hat also Gewinn, wenn in Friedenszeiten nicht er, sondern das Privatkapital ganz oder teilweise die dazu nötigen Fabriken in Bereitschaft hält, und das ist nur möglich, wenn diese Fabriken ständig Aufträge haben: also entsteht für ihre Leiter immer wieder die Versuchung, auf Zwang zur Umbewaffnung durch neue Erfindungen oder auf Verbrauch der gelieferten Waffen durch Krieg zu sinnen, und der Vorteil des zweiten Weges lockt oft viel stärker.

Waffen sucht in Europa neben vielen andern Waren bekanntlich auch Japan zu verkaufen, und man erklärt diesen Ausdehnungsdrang zunächst mit Recht aus den am klarsten China gegenüber hervorgetretenen Grundkräften der japanischen Politik. Toshio Shiratori, japanischer Gesandter in Stockholm, will aber im „Atlantic Monthly“ (Mai 1934, S. 547 ff.) das gesamte Erwachen Japans aus einer neuen Besinnung auf den Mythos herleiten, nach dem die Sonnengöttin dem ersten japanischen Kaiser und seinen Nachkommen auf immer die Herrschaft verliehen habe. Shiratori erwartet keine volle Abkehr seines Vaterlandes von den Schäden der abendländischen Maschinenkultur, aber die öffentliche Meinung fordere allgemein, „daß die blinde Nachahmung des Westens aufhöre und seine materialistischen Einrichtungen im Lichte der Ideale des Ostens nachgeprüft werden, damit so vielleicht eine eigene, bisher unbekannte Kultur entstehe“. Philosophisch sucht diese Gedanken der „Kodobewegung“, d. h. der Rückkehr zum „Kaiserlichen Weg“, der „Japanische Kulturbund“ zu wenden. In seiner Vierteljahrschrift „Cultural Nippon“ (Tokio, März 1934, S. 77) wird, ähnlich wie bei Shiratori, das Unternehmen gegen China nicht einfachhin als Angriff eines stärkeren Staates auf seinen schwächeren Nachbar, sondern mit den Worten des mandschurischen Gesandten in Tokio als „eine Frage der morgenländischen Philosophie“ hingestellt. Natürlich ist dem aufgeklärten Japaner die Herleitung der Kaisergewalt von der Sonnengöttin nur ein Symbol für die Verwurzelung des Reiches im Glauben an den überzeitlichen Geist der japanischen Geschichte, aus dem der Kaiser mit Hilfe des Parlamentes sein Volk regiert und das Volk sich frei mit Blut und Habe dem Kaiser zur Verfügung stellt. Freilich ist damit weniger das Recht der seit Eroberung Formosas (1895) gegen China gerichteten Politik begründet, als ein Teil der wirtschaftlichen und militärischen Erfolge Japans erklärt. Warnend schreibt aber Shiratori: „Im japanischen Mutterlande hat die politische, soziale und wirtschaftliche Unruhe nicht im geringsten abgenommen. Allgemein fühlt man, daß die Krise unseres Volkes eben erst begonnen hat und das Schlimmste noch bevorsteht.“

V

Das Verhältnis von Geist und Gewalt beleuchten einheitlich zwei gleichzeitig erschienene Schriften aus so entgegengesetzten Kulturkreisen,

wie es der spanische und der russische sind. Bernardino Llorca S. J. zeigt in seiner archivalisch sorgfältig gestützten Untersuchung „Die spanische Inquisition und die Alumbrados“ (Berlin 1934, Dümmler), wie eine der kirchlichen Bindung widerstrebende und oft auch sittlich ausartende Mystik durch das entschiedene, zuweilen übertrieben scharfe Eingreifen der Inquisition in anderthalb Jahrhunderten unterdrückt wurde, ohne daß sie jemals die oft behauptete weite Ausdehnung erlangt hätte. Aber zur selben Zeit wurde die kirchliche Gewalt gegen so rechthgläubige und heilige Mystiker wie Ludwig von Granada, Johannes von Avila, Franz von Borja, Theresia von Jesus und Johannes vom Kreuz angerufen, und nicht der oft genialen Freiheit ihres Gottsuchens, sondern ihrer Bewährung gegenüber der theologischen Kritik und zuletzt dem Machtworte der Kirche verdanken sie ihren Sieg. — Auch Lenins Erfolg ruht auf der Verbindung von Mystik und Macht. Iwan von Kologriwof S. J. weist in seinen Salzburger Hochschulvorlesungen („Die Metaphysik des Bolschewismus“, Salzburg 1934, A. Pustet) den wechselnden, aber immer mystischen Messianismus nach, der von den russischen Sektierern des 17. Jahrhunderts zu den Nihilisten, Slawophilen und Anarchisten kam, ohne sich verwirklichen zu können, weil seine Träger stets nur dem Geiste vertrauten. Erst Lenin war „frei von jener Abneigung gegen die Macht und Autorität, die für den Russen im allgemeinen bezeichnend ist“ (60). Er zwang nach genau durchdachtem Plane das ungebändigte Sehnen des Volkes unter die organisierte Gewalt des Bolschewismus. Gewiß hat seine Macht Gedanken gestaltet, die der Kritik nicht standhalten, aber neben vielen andern geschichtlichen Beispielen beweisen die Alumbrados, daß es lange dauern kann, bis praktisch zusammenbricht, was theoretisch widerlegt ist.

Naturgemäß ist die Stärke des Bedürfnisses nach kritischer Untersuchung der gedanklichen Grundlagen, auf denen eine Organisation ruht, je nach der geistigen Eigenart der Völker verschieden. Es entsprach durchaus deutschem Empfinden, daß Reichsminister Dr. Goebbels auf dem Reichspressetag in Berlin sagte, „er begrüße es sehr, wenn die bürgerliche Presse mit der nationalsozialistischen Presse um die Lösung der Aufgaben der Zeit ringe und kämpfe“ („Frankfurter Zeitung“ Nr. 233, 9. Mai 1934). Nach dem Erlaß des Ministers vom 8. Mai 1934 ist in der Regel nicht nur „die Berichterstattung über öffentliche Veranstaltungen den Zeitungen selbst zu überlassen“, sondern auch bei der redaktionellen Arbeit „möglichst für alle Fragen die eigene Stellungnahme“ vorzuziehen. Wird nun bei „bürgerlichen“ Zeitungen die „redaktionelle Arbeit“ von Katholiken getan, so ist es klar, daß auf all den vielen Punkten, wo ihre in Deutschland staatlich anerkannte Kirche zu den „Aufgaben der Zeit“ etwas zu sagen hat, ihre „eigene Stellungnahme“ gemäß ihrer katholischen Überzeugung oft anders ausfallen und noch öfter anders und für katholische Leser wirksamer begründet sein wird als bei denen, die aus einer entgegengesetzten Überzeugung schreiben. Die schon aus dieser Erwägung dem katholischen Staatsbürger einleuchtende Berechtigung der katholischen Presse stört die staatliche Einheit nicht mehr als das lebensvolle Bestehen

der verschiedenen Konfessionen überhaupt, das der Staat ja zu schützen versprochen hat. Der von Rudolf Kircher, dem Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung“, für die Pressefreiheit geltend gemachte psychologische Grund gilt auch hier: „Die deutsche Denkart hat sich gewandelt. Aber innerhalb dieser Bindung, innerhalb des streng behüteten Staatsgedankens, verlangt dieser selbe Mensch vermöge seiner unabänderlichen deutschen Art nach einem offenen, nur durch Takt und Anstand gebundenen Ausdruck seiner eigenen Empfindungen und Urteile. Für Millionen von Menschen versteht sich die Gegenwart noch keineswegs von selbst. Hunderttausende atmen schwer unter dem Druck ihrer Problematik. Für diese Ringenden und Strebenden ist die Presse nur dann eine wahrhaft geistige Autorität, wenn sie es sich nicht leichter macht als der Leser“ („Frankfurter Zeitung“, 25. März 1934, Reichsausgabe).

Hoffentlich wird hier die fortschreitende Erfahrung ebenso klärend wirken wie in der Spannung zwischen wissenschaftlichen und politischen Forderungen an die Studierenden der Hochschulen. „Zweifellos“, so erklärte Dr. Stäbel als Reichsführer der Deutschen Studentenschaft in einem Gespräch über SA.-Dienst, „ist der Student in den letzten zwei Semestern zu viel beansprucht worden. Da die Hochschule und die ernste Arbeit in den Seminarien zunächst am wenigsten verlockend schien, mußte das Studium leiden.... Wir werden deshalb bewußt darauf hinarbeiten, daß Hochschule und Studium wieder zu ihrem Recht kommen.... Gegen alle diejenigen, die glauben, daß sie in Zukunft allein auf Grund guter Parteidienstzeugnisse etwas erreichen können, werden wir mit schärfsten Mitteln vorgehen“ („Frankfurter Zeitung“ Nr. 227, 6. Mai 1934).

Daß die Ausbildung der Hochschuljugend wohl national gerichtet, aber nicht national eingeschränkt werden darf, lehrt das reichhaltige und in seiner Art einzige Buch, das Bischof Dr. Alois Hudal, Rektor der Anima in Rom, über „Die deutsche Kulturarbeit in Italien“ (Münster 1934, Aschendorff) geschrieben hat. Es umspannt Vergangenheit und Gegenwart und gibt eine Unmenge von Einzelbelegen. Natürlich sind die Deutschen meist ihretwegen nach Italien gezogen, aber während sie sich Kultur holten, ließen sie manche Segnung deutschen Wissens und Könnens dem gastlichen Lande zugute kommen. In ländlichen Siedlungen und städtischen Kolonien halfen Seelsorge, Schule und Verein das Deutschtum erhalten, und so ist aus tausendjähriger Geschichte wechselseitigen Gebens und Empfangens „die köstliche Bindung von romanischer und germanischer Kultur emporgeblüht“ (6).

Eine neue, auch nach Italien reichende Verbindung deutscher und internationaler Wissenschaft knüpft die „Vierteljahresschrift für systematische franziskanische Philosophie und Theologie in der Gegenwart“, die unter dem Titel „Wissenschaft und Weisheit“ seit April 1934 bei Kühlen in M.-Gladbach erscheint. Sie wird in Verbindung mit deutschen und ausländischen Gelehrten, Geistlichen wie Laien, von den deutschen Franziskanern Marianus Müller und Thaddäus Soiron herausgegeben und will die noch wenig erkannte Beziehung des franziskanischen Denkens zu den ernstesten Fragen der Gegenwart herausarbeiten und in echt franziska-

nischer Art für das heutige Leben fruchtbar machen. Das ist um so freudiger zu begrüßen, als mit gewinnender Weite ausdrücklich „jede andere Schule in der Kirche“ anerkannt wird.

Das über dieser franziskanischen Wissenschaft stehende, auf Christus bezogene „Cognoscere ut diligam“ muß auch über der Kunst des Oberammergauer Passionsspielles stehen, wenn seine dritte Jahrhundertfeier im Sinne seiner Geschichte verlaufen soll: als gottesdienstliche Erfüllung des Gelübdes einer frommen Gemeinde. In diesen Geist führt gedankenvoll „Die Wallfahrt nach Oberammergau“ von Martin Deutinger ein (München 1934, M. Hueber), die Johann Fellerer, früher Kaplan im Passionsdorf und jetzt wissenschaftlich um Deutinger bemüht, mit großer Sorgfalt herausgegeben hat. Eine ausführliche Ergänzung charakterisiert Deutingers künstlerisch und philosophisch eigenwillige Gestalt und bringt das Spiel geschichtlich und psychologisch dem heutigen Lebensgefühl nahe.

Über das allgemeine deutsche Theater des Jahres 1933 schreibt Wilhelm Frels in der „Neuen Literatur“ (Juni 1934, S. 355 ff.), die Behauptung von einer „Uraufführungswoge“ müsse sehr eingeschränkt werden. „Selbst wenn man zu den 268 Uraufführungen noch die rund 20 Aufführungen älterer Stücke zählt, die bereits vor Jahren gedruckt oder aufgeführt wurden — ihre Verfasser spielen zum guten Teil in der nationalsozialistischen Bewegung eine Rolle, wie Dietrich Eckart, Eberhard König, Adolf Bartels, Wilhelm Kube —, so wird aus dem durchaus meßbaren Anstieg noch keine Woge. . . . Es ist unter den von mir gesehenen, gelesenen und erlittenen Stücken wie in den Vorjahren viel Mißglücktes und Ungekonntes. Aber zwei Veränderungen lassen Gutes für die Zukunft erwarten: die Theater bezeigen größere Regsamkeit. Die geschäftstüchtigen Literaten ohne Gesinnung beherrschen nicht mehr die Spielpläne. Man achte darauf, daß sich nicht gesinnungstüchtiger Dilettantismus an ihre Stelle setzt.“

Mit noch größeren Schwierigkeiten hatte der deutsche Film zu ringen. In einem „Rückblick“ („Münchener Neueste Nachrichten“ Nr. 121, 5. Mai 1934) erinnert Hans Spielhofer an die Unmöglichkeit, die ausgeschiedenen Nichtarier sofort durch Kräfte von einem ebenso „hohen technischen und künstlerischen Können“ zu ersetzen, während das Ausland „mit Hilfe der aus Deutschland ausgewanderten Filmregisseure, die sich in den Berliner Ateliers in jahrelanger Praxis mit allem Rüstzeug deutscher Filmkultur versehen haben“, immer größere Anstrengungen macht, „deutsche Filmkunst zu überflügeln“. Auch die Boykottierung deutscher Filme im Ausland und die hohen Tonkosten ermutigen nicht zu den bedeutenden Aufwendungen, die für künstlerisch hervorragende Filme großen Stils erforderlich sind. — Dagegen hat die sittliche Säuberung der Kinovorführungen unleugbare Fortschritte gemacht, weil die jetzige Regierung nicht mehr an die Parteien gebunden ist, die aus einer andern Lebensanschauung heraus das Zentrum wie die Kirche hinderten, ihre immer wieder angemeldeten Forderungen ganz durchzusetzen.

Und wie die Verdienste des Zentrums in Presse und Parlament um das

Zustandekommen des Lichtspielgesetzes und des Gesetzes gegen Schmutz und Schund in aufgeregten Zeiten rasch vergessen werden, so verkennt man allzu oft, was kirchliche Stellen nicht bloß durch Wort und Schrift, sondern namentlich auch durch Vereinsarbeit mannigfaltigster Art für die sittliche Hebung der Feierstunden von Jugend und Volk geleistet haben. Aus einer aufschlußreich bebilderten Festgabe zum neunzigjährigen Bestehen des Borromäusvereins („Katholische Volksbücherei des Borromäusvereins“, Bonn 1934, Verlag des Vereins) geht hervor, daß er 5500 Bibliotheken mit zusammen 4,4 Millionen Bänden und einer halben Million Lesern zählt. „Für einen Leser“, schreibt Dr. Albert Rumpf, „standen in den Borromäusbüchereien bereit 9,7 Bände, in den kommunalen Büchereien 7,8 Bände. Ausgeliehen wurden auf einen Leser im Laufe eines Jahres in den Borromäusvereinsbüchereien 22,6 Bände, in den kommunalen 22,3 Bände. ... In den Borromäusvereinsbüchereien kommt dank der ehrenamtlichen Verwaltung eine Ausleihe auf 16 Rpf zu stehen und ein Leser auf 3,60 RM, in den kommunalen Büchereien auf 57,7 Rpf bzw. 12,86 RM. So ist auch die andere Tatsache zu erklären, daß die Borromäusvereinsbüchereien auf 100 Leser 54 Bände neu einstellen konnten, während in guten Friedenszeiten in den kommunalen Büchereien 25 Bände als normal angesehen wurden“ (5). Trotzdem stehen an allen entscheidenden Stellen des Vereins bibliothekarisch geschulte Kräfte, und daß seine Leistung auch nach dieser Seite hin hochwertig ist, beweist die staatliche Anerkennung seiner Schule für den mittleren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken und Volksbibliotheken.

VI

Über Hoffnungen der Astronomie berichtet George Ellery Hale, der Organisator und jetzige Ehrenpräsident der Riesensternwarte auf dem Mount Wilson bei Pasadena in Kalifornien („Atlantic Monthly“, April 1934, S. 463 ff.). Die Rockefellerstiftung stellte 1928 dem „California Institute“ das Geld für ein vollständig eingerichtetes astrophysikalisches Observatorium mit einem Reflektor von ungefähr fünf Meter Durchmesser zur Verfügung. Diese die bisherigen Fernrohre weit übertreffende Ausdehnung des Hohlspiegels zielt nicht sowohl auf größere als auf stärker belichtete Sehbilder. Nach einer Arbeit von mehreren Jahren ist den amerikanischen „Corning Glass Works“ ein Verfahren gelungen, das den gleichmäßigen Guß eines so gewaltigen, fast 25 Tonnen schweren Spiegels ermöglicht. Ist er einmal geschliffen und aufgestellt, was ebenfalls noch sehr viel Zeit erfordern wird, so wächst der Weltraum, der sich mit diesem 20 Meter langen Fernrohr durchforschen läßt, um das Zehnfache dessen, den wir bisher mit den besten Instrumenten erfassen konnten. Da unsere mangelhafte Kenntnis des südlichen Sternhimmels noch zu wenig Grundlagen zur Ausnützung so weit vordringender Beobachtungen bietet, wird für den neuen Riesen auf der nördlichen Erdhalbkugel ein Platz gesucht, der klimatisch am günstigsten ist und zugleich die Zusammenarbeit mit andern großen Sternwarten und sonstigen technischen Einrichtungen am meisten erleichtert.

Auch die Kenntnis der hinter uns liegenden Erdzeit ist in den letzten Jahren überraschend fortgeschritten, so daß Robert Köppel S. J. in der Zeitschrift des Päpstlichen Bibelinstitutes („Biblica“, 1934, Heft 2/3, S. 419 ff.) die Frage nach dem Alter des Menschengeschlechtes dringend dem Studium der Theologen empfiehlt. Aus der Bibel lassen sich hierüber bekanntlich keine eindeutigen Zahlenangaben ermitteln, und Köppels Tabellen zeigen, daß auch die besten Vertreter der Naturwissenschaften noch sehr weit auseinandergehen. Der von ihnen Pleistozän genannte Zeitraum beginnt nach den einen 150 000, nach den andern 1 000 000 Jahre vor Christus. Aber schon aus dem älteren Pleistozän haben wir jetzt Menschenfunde in Europa, Asien und Afrika, so daß die vor zwei Jahrzehnten von dem katholischen Eiszeitforscher Obermaier als Mindestzahl für das Alter der Menschheit angesetzten 50 000 Jahre der Fachwissenschaft nicht mehr genügen können. Der bei den Peking Ausgrabungen beteiligte Jesuit Teilhard de Chardin stellt in der von der Brüsseler „Société scientifique“ herausgegebenen „Revue des questions scientifiques“ (März 1934, S. 193) fest, daß auch innerhalb des Pleistozäns „ungeheure Zeiträume“ die unten an dem berühmt gewordenen Hügel bei Peking gefundenen menschlichen Überreste von denen trennen, die man erst später weiter oben entdeckt hat. Von biblischer Seite erhebt sich, wie Köppel ausdrücklich betont, kein Bedenken gegen sichere Ergebnisse der Naturwissenschaft, aber wir stehen noch mitten in Rätseln, und Teilhard de Chardin erinnert an die vor Überhebung warnende Lehre der Alten, daß alles, was wir von der Vergangenheit enthüllen, immer nur ein Schatten dessen ist, was wirklich gelebt hat.

Wie bei den Peking Ausgrabungen amerikanische, europäische und chinesische Gelehrte überraschend erfolgreich zusammengearbeitet haben, so ist in der angewandten Naturwissenschaft ein lehrreiches Beispiel für den Nutzen internationaler Vereinigung das Bemühen, Öl aus Kohle zu gewinnen. Im Jahresberichte der englischen „Imperial Chemical Industries“ vom 19. April 1934 wurde mitgeteilt, die Frage der Kohlenverflüssigung sei von diesem größten chemischen Unternehmen Englands seit sieben Jahren mit einem Kostenaufwand von mehr als einer Million Pfund Sterling theoretisch und praktisch untersucht worden. Unterdessen arbeiteten amerikanische, holländische und deutsche Fabriken in derselben Richtung. Mit den drei bedeutendsten — Standard Oil Company, Royal Dutch Shell und I. G. Farbenindustrie — schlossen deshalb Imperial Chemical Industries vor drei Jahren zum Austausch von Erfahrungen und zur Sicherung des Absatzes einen Vertrag. Nach Überwindung zahlreicher Hindernisse und Enttäuschungen ist nun ein marktfähiges Öl gewonnen, und die im Bau begriffene englische Fabrik wird jährlich 100 000 Tonnen liefern.

Natürlich steht der Wichtigkeit internationaler Zusammenarbeit nicht entgegen, daß es ebenso wichtig ist, im Notfall wenigstens zeitweise allein auskommen zu können, und insofern ist es erfreulich, daß die Möglichkeit der Selbstversorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln heute viel größer ist als vor dem Weltkriege. In der „Umschau in Wissen-

schaft und Technik“ (16. April 1934, S. 304) schreibt Professor Dr. v. Tyszka, daß wir unsern Bedarf an Kartoffeln, Kohl, Rüben, Trinkmilch und Zucker vollständig, unsern Bedarf an Brotgetreide, Butter, Käse, Gemüse und Süßwasserfischen fast zu neun Zehnteln selber decken können. Dagegen müssen noch zwei Fünftel des Verbrauchs an Seefischen und Eiern, fast vier Fünftel des Verbrauchs an Bohnen und Linsen und so gut wie alle Margarine eingeführt werden. Beinahe den ganzen Fleischbedarf deckt unsere eigene Landwirtschaft, aber nur mit Hilfe einer bedeutenden Einfuhr ausländischer Kraftfuttermittel. Die neue Regierung sucht durch Förderung des Anbaus von Ölfrüchten auch diese Abhängigkeit zu verringern.

Umschau

Neue Wege zum Volkschoral

„Volkschoral“ ist in erster Linie nicht eine musikalische, sondern eine liturgische Erneuerungsbewegung: Einbeziehung des Volkes in die lebendige Bet- und Singgemeinschaft des heiligen Opfers¹. Natürlich hat die Sache auch ihre musikalische Seite: soll dadurch die Mehrstimmigkeit ganz aus der Messe verbannt werden? Beschränken wir das Choral-Volkshochamt auf die gewöhnlichen Sonntage, so wird eben dadurch eine gewisse Minderwertigkeit bestätigt — „bloß“ Choral; ziehen wir es aber auch für Festtage heran, so geht tatsächlich ein Stück Glanz und Festtagsfreude verloren, wenn wir auf die Mehrstimmigkeit ganz verzichten. Die Lösung ist angedeutet in der Weisung unseres Papstes: dem Volke das, was seiner Natur nach für das Volk bestimmt ist, das Ordinarium; dem Chor das, was seiner Natur, oder vielmehr seiner geschichtlichen Entwicklung nach für die Sängerscholar, die Schola, bestimmt ist, nämlich das Proprium. Warum soll nun nicht auch dem Proprium der Glanz der Mehrstimmigkeit verliehen werden können? Im Gegenteil: hier läßt sich noch viel besser der Charakter eines Festtages ausprägen, viel besser als in einer Ordinariumsmesse, die vielleicht an allen hohen Festen des Jahres zur Ausführung kommt.

Es handelt sich bei diesen „Propriumsvertonungen“ um keine Neue-

rung, sondern um eine Er-neuerung, ein Anknüpfen an beste Tradition. Manches, was dem außenstehenden Beobachter neu vorkommt, ist nichts anderes als Rückkehr zur wahren kirchlichen Musik, die nach einem jahrhundertelangen Verweltlichungsprozeß nun allmählich wieder ihre liturgisch dienende Stellung findet. Sobald der Gedanke, durch Mehrstimmigkeit die Festfreude zu erhöhen, in die Kirche eindringt, finden wir auch schon mehrstimmige Propriumsvertonungen: zum ersten Mal im 12. Jahrhundert in Leonins, des Parisers, „Magnus liber organi“. Das 14. Jahrhundert hat zwar fast nur die Ordinariumsvertonung gepflegt, dagegen haben die Niederländer im 16. Jahrhundert die Propriumsvertonung wieder eifrig aufgenommen. Als Höhepunkt ist wohl der „Choralis Constantinus“ zu betrachten, um 1550 von Heinrich Isaac nach einem Konstanzer Graduale gearbeitet; auffallend für uns ist die konsequente (mit einer einzigen Ausnahme) Ausschaltung von Graduale und Offertorium, die sich gerade in späteren Zeiten immer noch erhalten haben².

² Überraschend ist dabei folgende Entwicklung: bis 1300 hielt sich die mehrstimmige Fassung zunächst nur an die Allelujaverse, dann auch an die Gradualien, aber immer nur, soweit sie solistischen Charakter hatten; der Choral blieb, soweit er chorisch gedacht war, in seiner Einstimmigkeit unangestastet. Das letzte Glied der Entwicklung ist ganz auf dem Gegenpol angelangt: der 1528 zu Lyon erschienene „Contrapunctus“ (aus Maihingen stam-

¹ Vgl. den Aufsatz „Choralrenaissance“ in dieser Zeitschrift 126 (1933), 188.